

3279 **Überwindung der Entgeltungleichheit**

3280

3281 Wir wollen das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ für Frauen und Männern
3282 umsetzen und damit die Entgeltungleichheit überwinden. Wir werden in der Wirt-
3283 schaft dafür werben, das beratungsunterstützte Lohntestverfahren Logib-D einzu-
3284 setzen. Hiermit sollen Entgeltunterschiede und deren Ursachen festgestellt wer-
3285 den. Die gemeinsamen Anstrengungen zur Überwindung der Entgeltungleichheit
3286 sind zu bilanzieren. Der öffentliche Dienst muss seine Potentiale ausschöpfen,
3287 frauen- und familienfreundlicher zu werden.

3288

3289 **Mehr Frauen in Führungspositionen**

3290

3291 Die Ziele des Bundesgleichstellungsgesetzes und des Bundesgremienbeset-
3292 zungsgesetzes werden mit Nachdruck verfolgt. Wir werden prüfen, ob und inwie-
3293 weit die Gesetze geändert und effektiver gestaltet werden müssen. Der Anteil von
3294 Frauen in Führungspositionen in der Wirtschaft und im öffentlichen Dienst soll
3295 maßgeblich erhöht werden. Dazu wird ein Stufenplan, insbesondere zur Erhöhung
3296 des Anteils von Frauen in Vorständen und Aufsichtsräten vorgelegt. Der Stufen-
3297 plan setzt in einer ersten Stufe auf verbindliche Berichtspflichten und transparente
3298 Selbstverpflichtungen.

3299

3300 **Jungen und Männerpolitik**

3301

3302 Wir wollen eine eigenständige Jungen- und Männerpolitik entwickeln und bereits
3303 bestehende Projekte für Jungen und junge Männer fortführen und intensivieren.
3304 Damit eröffnen wir ihnen auch in erzieherischen und pflegerischen Berufen erwei-
3305 terte Perspektiven. Die Zusammenarbeit mit Väterorganisationen und anderen
3306 gleichstellungsorientierten Männerorganisationen soll intensiviert werden.

3307

3308 **5. Integration und Zuwanderung**

3309

3310 **Integration fördern, Chancen nutzen**

3311

3312 Die Integration der Menschen mit Migrationshintergrund ist für Deutschland eine
3313 Schlüsselaufgabe. Unser Zusammenleben soll von Respekt, gegenseitigem Ver-
3314 trauen, von Zusammengehörigkeitsgefühl und gemeinsamer Verantwortung ge-
3315 prägt sein. Wir wollen Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Zuwandererfamilien alle
3316 Chancen eines weltoffenen Landes eröffnen und ihre gesellschaftliche, wirtschaft-
3317 liche und kulturelle Teilhabe ermöglichen. Wir erwarten in gleicher Weise die Auf-
3318 nahmebereitschaft der deutschen Gesellschaft und die Integrationsbereitschaft der
3319 Zuwanderer.

3320

3321 Wir werden den Nationalen Integrationsplan (NIP) von einem integrationspoliti-
3322 schen Gesamtkonzept zu einem Aktionsplan mit klar definierten und zu überprü-
3323 fenden Zielen weiterentwickeln. Dazu setzen wir den vertrauensvollen Dialog zwi-
3324 schen Staat und Gesellschaft, insbesondere den Migranten, in institutionalisierter
3325 Form – auch unter Einbeziehung des Deutschen Bundestages – fort. Wir streben
3326 die Gründung eines Bundesbeirates für Integration an. Stand und Verlauf der In-
3327 tegration können nur auf der Basis objektiver Daten ermittelt werden. Die erforder-
3328 lichen Datengrundlagen werden wir schaffen.

3329

3330 Der Bund einerseits und die Länder mit den Kommunen andererseits sind in der
3331 Integrationspolitik Partner. Diese Zusammenarbeit wollen wir unter Wahrung der
3332 jeweiligen staatlichen Zuständigkeiten zu verbindlichen Nationalen Integrations-
3333 partnerschaften weiterentwickeln. Integration vollzieht sich in erster Linie in den
3334 Kommunen. Es gilt, die hervorragenden, aber oft zeitlich befristeten Projekte zur
3335 Integration zu Regelangeboten weiterzuentwickeln. Unser Ziel ist die bestmögliche
3336 Vernetzung der verschiedenen Integrationsfördermaßnahmen vor Ort. Staatliche
3337 und kommunale Stellen sowie öffentlich geförderte Träger sollen passgenau auf-
3338 einander abgestimmt zusammenarbeiten. Einbeziehen wollen wir dabei insbeson-
3339 dere die Integrationskursträger und die Arbeitsagenturen. In Modellregionen wol-
3340 len wir die Integrationspartnerschaften erproben.

3341
3342 Die integrationspolitischen Defizite der letzten Jahrzehnte wollen wir konsequent
3343 beheben. In unserem Land leben viele Menschen, die auch nach jahrelangem
3344 Aufenthalt in Deutschland gesellschaftlich nicht integriert sind und unsere Sprache
3345 nicht beherrschen. Wir werden deshalb die Instrumente der nachholenden Integra-
3346 tion fördern. Wir wollen die Integrationsberatung optimieren.

3347
3348 Um die Verbindlichkeit der individuellen Integrationsförderung zu erhöhen, werden
3349 wir das Instrument eines Integrationsvertrages schaffen, mit dem wir sowohl Neu-
3350 zuwanderer als auch länger im Land lebende Migranten erreichen wollen. Vor al-
3351 lem Menschen, die zu ihren Ehegatten nach Deutschland nachziehen und dazu
3352 erste Deutschkenntnisse schon im Herkunftsland erworben haben, möchten wir
3353 möglichst schnell mit der Vielfalt der Integrationsmaßnahmen vertraut machen.

3354
3355 Mit Integrationsverträgen werden die notwendigen Integrationsmaßnahmen für
3356 eine erfolgreiche Eingliederung in die deutsche Gesellschaft und den deutschen
3357 Arbeitsmarkt vereinbart und später kontinuierlich überprüft. Information und Bera-
3358 tung über staatliche und bürgerschaftliche Angebote stehen dabei im Vordergrund.
3359 Modelle der individuellen Begleitung, wie etwa die Integrationslotsen, beziehen wir
3360 dabei ein. Die Schnittstellen der Beratungsdienste zu den Bildungsträgern werden
3361 überprüfbar verbessert.

3362
3363 Den Dienstleistungscharakter der bisherigen Ausländerbehörden wollen wir stär-
3364 ken.

3365
3366 Die Koalitionäre sprechen sich für einen breit angelegten parlamentarischen und
3367 gesellschaftlichen Diskurs der Integrationsthematik aus.

3368
3369 Das Beherrschen der deutschen Sprache ist Grundvoraussetzung für Bildung und
3370 Ausbildung, für Integration in den Beruf, für Partizipation und sozialen Aufstieg.
3371 Wirksamstes Instrument der Sprachförderung des Bundes sind die Integrations-
3372 kurse. Durch stärkeres Fördern und Fordern wollen wir die Erfolgchancen der
3373 Teilnehmer weiter erhöhen.

3374
3375 Dazu werden wir die Integrationskurse flexibilisieren und quantitativ und quali-
3376 tativ aufwerten. Die Zahl der Orientierungskursstunden wird von 45 auf 60 ange-
3377 hoben – damit geben wir den Teilnehmern die Chance, mehr über die Funktions-
3378 weise unseres demokratischen Rechtsstaates zu erfahren.

3379

3380 Schnelle Lernerfolge werden wir mit Anreizen fördern. Wir wollen das Integrati-
3381 onskursmanagement verbessern, um insbesondere Menschen, die vor dem Ehe-
3382 gattennachzug erste Deutschkenntnisse im Herkunftsland erworben haben, einen
3383 möglichst schnellen Übergang in den Integrationskurs zu ermöglichen.
3384

3385 Die Kurse werden auf das primäre Ziel ausgerichtet, die Teilnehmer in den Ar-
3386beitsmarkt zu integrieren. Dazu kann das Niveau der Sprachkurse auch über das
3387 Niveau B 1 hinausgehen. Darüber hinaus streben wir eine stärkere Vernetzung mit
3388 den für die Arbeitsvermittlung zuständigen Stellen an.
3389

3390 Die Integrationskraft von Kindergärten und Schulen werden wir verstärken. Wer
3391 früh gefördert wird, hat bessere Chancen. Wir stehen zum bedarfsgerechten Aus-
3392 bau der frühkindlichen Bildungseinrichtungen und der Ganztagschule. Wir unter-
3393 stützen verbindliche bundesweit vergleichbare Sprachstandstests für alle Kinder
3394 im Alter von vier Jahren und bei Bedarf eine verpflichtende gezielte Sprachförde-
3395 rung vor der Schule. Alle Kinder, die eingeschult werden, sollen Deutsch sprechen
3396 können. Wir unterstützen darüber hinaus unterrichtsbegleitende Sprachprogram-
3397 me.
3398

3399 Eltern in Erziehungsverantwortung müssen unsere Sprache beherrschen, damit
3400 ihre Kinder die besten Voraussetzungen für schulischen Erfolg haben. Wir wollen
3401 verstärkt Integrationskurse für Eltern an Kindergärten und Schulen einrichten und
3402 u. a. mit der Kampagne „Deutsch lernen – Deutschland kennen lernen“ intensiv für
3403 das Angebot der Elternintegrationskurse werben. Droht wegen mangelnder
3404 Deutschkenntnisse der Eltern eine Beeinträchtigung des Kindeswohls, soll zukünf-
3405 tig schon aus diesem Grund eine Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs
3406 möglich sein.
3407

3408 Zu viele junge Migranten scheitern in Schule und Berufsausbildung. Die Länder
3409 haben sich im Nationalen Integrationsplan und der gemeinsamen Qualifizierungs-
3410 initiative verpflichtet die Zahl der Schulabbrecher mit Migrationshintergrund bis
3411 zum Schuljahr 2012/2013 auf den Gesamtschnitt aller Schüler zu reduzieren.
3412

3413 Im Rahmen ihrer Zuständigkeit leistet die Bundesregierung in vielfältiger Weise
3414 Unterstützung auf dem Weg zum Bildungserfolg. Gerade in wirtschaftlich schwie-
3415 riger Zeit werden wir die erfolgreichen Förderprogramme (z. B. Einstiegsqualifizie-
3416 rung und JobstarterConnect) fortsetzen. Sie kommen insbesondere jungen
3417 Migrantinnen und Migranten zugute. Begleitung und Beratung können jungen
3418 Menschen eine unverzichtbare Unterstützung beim Ausbildungserfolg sein. Ein
3419 neues Instrument des ganzheitlichen Integrationscoachings (GINCO) dient der
3420 Integration in Ausbildung bzw. in den ersten Arbeitsmarkt und zur Stabilisierung
3421 dieser Integration.
3422

3423 Wir wollen die Erwerbsbeteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund weiter
3424 verbessern. Wirksame Instrumentarien sollen – so wie die Förderung berufsbezo-
3425 gener Sprachkenntnisse – künftig als Regelinstrumente im SGB II und III zur Ver-
3426 fügung stehen. Damit wird den besonderen Unterstützungsbelangen dieser Per-
3427 sonengruppe Rechnung getragen.
3428

3429 Wir wollen bestehende Migrantenunternehmen stärken und neue Existenzgründer
3430 gewinnen. Dazu ist eine gezielte individuelle und bedarfsgerechte Gründungsun-

3431 terstützung im Gründungsprozess erforderlich. In einer gezielten Beratungs- und
3432 Qualifizierungsinitiative sollen neben betriebswirtschaftlichen Kompetenzen fach-
3433 spezifisches Know-how sowie Sprachkenntnisse vermittelt werden.

3434

3435 Wir stärken die „Charta der Vielfalt“. Sie ist ein grundlegendes Bekenntnis zu Fair-
3436 ness und Wertschätzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Unternehmen.
3437 Die Potentiale und Talente von Mitarbeitern mit Migrationshintergrund werden ge-
3438 fördert. Die „Charta der Vielfalt“ ist nach kurzer Zeit ein sehr erfolgreiches Unter-
3439 nehmenetzwerk geworden, zu dessen weiterer Entwicklung wir unseren Beitrag
3440 leisten werden.

3441

3442 Auch der Bund ist sich seiner Rolle als Arbeitgeber bewusst. Er wird im Rahmen
3443 seiner Möglichkeiten mehr geeignete, befähigte und leistungsbereite Migranten
3444 beschäftigen.

3445

3446 Das Bürgerschaftliche Engagement von Migranten wird weiter gefördert und ge-
3447 stärkt. Hierzu wird der beabsichtigte qualitative und quantitative Ausbau der Ju-
3448 gendfreiwilligendienste beitragen. Wir wollen sowohl die vermehrte Teilhabe von
3449 Jugendlichen mit Migrationshintergrund an den Jugendfreiwilligendiensten errei-
3450 chen als auch das Ziel der Einbindung des Freiwilligen Sozialen Jahres zur Forcierung
3451 der Belange der Integration verfolgen.

3452

3453 Mit dem Programm „Integration durch Sport“ wollen wir besonders Frauen und
3454 Mädchen mit Migrationshintergrund ansprechen, um sie als Teilnehmer und auch
3455 Übungsleiter zu gewinnen.

3456

3457 Wir wollen die Teilnahme zugewanderten Frauen und Mädchen aus allen Kultur-
3458 kreisen am öffentlichen und gesellschaftlichen Leben fördern. Dafür brauchen wir
3459 eine Bildungs- und Ausbildungsinitiative für Migrantinnen. Auch auf die Aufklä-
3460 rung über Menschenrechte, Bürgerrechte und Sozialrechte und auf die Sensibili-
3461 sierung für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern muss großes Au-
3462 genmerk gelegt werden.

3463

3464 **Optionsregelung**

3465

3466 Mit dem Staatsangehörigkeitsreformgesetz aus dem Jahr 1999 wurde der ius-soli-
3467 Erwerb für in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern neu in das
3468 Staatsangehörigkeitsrecht eingeführt. Im Rahmen einer Übergangsregelung konn-
3469 ten Kinder, die zwischen 1990 und 2000 geboren worden sind, auf Antrag die
3470 deutsche Staatsangehörigkeit erwerben. Hiervon haben ca. 50.000 Kinder
3471 Gebrauch gemacht. Die ersten dieser Kinder (ca. 3.300) wurden im Jahr 2008
3472 achtzehn Jahre alt und damit optionspflichtig. Bis zur Vollendung ihres 23. Le-
3473 bensjahres müssen sie sich für die deutsche oder die ausländische Staatsangehö-
3474 rigkeit entscheiden. Die Erfahrungen mit diesen ersten Optionsfällen sollen auf
3475 möglichen Verbesserungsbedarf sowohl in verfahrens- als auch materiellrechtli-
3476 cher Hinsicht überprüft und ggf. entsprechende Änderungsvorschläge erarbeitet
3477 werden.

3478

3479 Wir werben dafür, dass möglichst viele Menschen, die die Ein-
3480 bürgerungsvoraussetzungen erfüllen, unsere Staatsbürgerschaft annehmen. Denn
3481 sie ist das stärkste Zeichen der Zugehörigkeit zu unserem Land und zur wechsel-

3482 seitigen Verantwortung seiner Bürger. Unverhältnismäßige Hemmnisse auf dem
3483 Weg zur Einbürgerung werden wir beseitigen.

3484

3485 **Bildung und Anerkennung**

3486

3487 Bildung ist die Basis für gesellschaftliche Integration und persönlichen Erfolg. In-
3488 tegration wird auch befördert, wenn die Menschen ihre im Ausland erworbenen
3489 Qualifikationen hier voll einsetzen können. In Deutschland leben viele tausend
3490 qualifizierte Migranten, deren im Herkunftsland erworbene Bildungs- und Berufs-
3491 abschlüsse nicht oder nicht vollständig anerkannt werden. Gerade mit Blick auf
3492 den Fachkräftemangel sind die Kenntnisse und Fähigkeiten aller Zuwanderer eine
3493 Ressource, auf die wir nicht verzichten können.

3494

3495 Deshalb werden wir in Abstimmung mit den Ländern einen gesetzlichen Anspruch
3496 auf ein Anerkennungsverfahren schaffen, das feststellt, inwieweit im Ausland er-
3497 worbene Qualifikationen deutschen Ausbildungen entsprechen. Wir wollen, dass
3498 das Verfahren einfach, transparent und nutzerfreundlich gestaltet ist und streben
3499 eine Erstanlaufstelle an. Die Möglichkeiten für Anpassungs- bzw. Ergänzungsqua-
3500 lifizierungen werden wir ausbauen. Auch Teilanerkennungen sollen möglich sein,
3501 verbunden mit dem Angebot einer Anpassungsqualifizierung.

3502

3503 Die Datenbank zur Bewertung ausländischer Bildungsabschlüsse wird ausgebaut.

3504

3505 **Evaluierung Sprachnachweis**

3506

3507 Kenntnisse der deutschen Sprache sind wesentliche Voraussetzung für eine er-
3508 folgreiche Integration. Daher sind die Regelungen zum Spracherwerb vor Ehegat-
3509 tennachzug sinnvoll. Es kommt entscheidend darauf an, dass für diese Zuzugswil-
3510 ligen hinreichend Möglichkeiten zum Spracherwerb bestehen. Wir wollen die hier
3511 bereits eingeleitete Überprüfung zügig abschließen.

3512

3513 Das Erbringen der Sprachnachweise soll organisatorisch vereinfacht werden. Die
3514 Durchführung der Kurse und die Prüfungsabnahme werden nicht allein bei den
3515 Goethe-Instituten belassen, sondern auf alle entsprechende Qualität verbürgende
3516 Anbieter ausgeweitet.

3517

3518 Die Koalitionspartner sind sich einig, die Anstrengungen zur Verhinderung von
3519 Scheinehen zu intensivieren und alle Maßnahmen, z. B. die Verlängerung der E-
3520 hebestandszeit zur Erlangung eines eigenständigen Aufenthaltstitels von zwei auf
3521 drei Jahre, zu prüfen. Das Erschleichen von Aufenthaltstiteln muss nachhaltig be-
3522 kämpft werden.

3523

3524 Die EU-Mitgliedstaaten müssen auch künftig die Zuständigkeit behalten, über Zu-
3525 wanderung in nationaler Verantwortung entscheiden zu können. Wir werden bei
3526 den Verhandlungen sorgfältig darauf achten, dass das Subsidiaritätsprinzip beach-
3527 tet wird, und dass die bestehenden nationalen Grundsätze und Standards gewahrt
3528 bleiben.

3529

3530 Auf europäischer Ebene sehen wir hinsichtlich der internationalen Migrationsströ-
3531 me die Verantwortung Deutschlands in Europa und werden an der Sicherstellung
3532 humanitärer Standards initiativ mitwirken.

3533

3534 **Bleiberechtsregelung**

3535

3536 Hinsichtlich der gesetzlichen Altfallregelung sind wir uns einig, dass vor dem Hin-
3537 tergrund der momentanen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Handlungsbedarf
3538 in Bezug auf diejenigen Inhaber einer Aufenthaltserlaubnis „auf Probe“ besteht,
3539 die voraussichtlich die gesetzlichen Vorgaben zur Lebensunterhaltssicherung zum
3540 Jahresende verfehlen werden. Zeitgerecht wird eine angemessene Regelung ge-
3541 funden werden.

3542

3543 Die Residenzpflicht soll so ausgestaltet werden, dass eine hinreichende Mobilität
3544 insbesondere im Hinblick auf eine zugelassene Arbeitsaufnahme möglich ist;
3545 Wohnsitzbeschränkungen bleiben unberührt.

3546

3547 Wir werden die aufenthaltsgesetzlichen Übermittlungspflichten öffentlicher Stellen
3548 dahingehend ändern, dass der Schulbesuch von Kindern ermöglicht wird.

3549

3550 **Visa-Verfahren – Visa-Warndatei**

3551

3552 Wir stimmen darin überein, dass Personen, die mit rechtswidrigem Verhalten im
3553 Zusammenhang mit dem Visumverfahren, mit rechtswidrigem Verhalten bei sons-
3554 tigem Auslandsbezug bereits auffällig geworden sind, im Visumverfahren für eine
3555 nähere Überprüfung erkennbar gemacht werden müssen.

3556

3557 Hierzu werden wir eine zentrale Visa-Warndatei schaffen, um so insbesondere die
3558 deutschen Visumbehörden bei ihrer Tätigkeit zu unterstützen und den Prozess der
3559 Visumerteilungen insgesamt zu beschleunigen. Daten zu Einladern, Verpflich-
3560 tungsgebern oder Bestätigenden werden als notwendige Ergänzung der Daten-
3561 sätze zu Personen nur aufgenommen, wenn zu ihnen Warninhalte gespeichert
3562 sind.

3563

3564 **Evaluierung Abschiebehaftbedingungen**

3565

3566 An der Verhängung von Abschiebungshaft als ultima ratio zur Durchsetzung von
3567 Ausreisepflichten halten wir fest. Es kommt darauf an, dieses Mittel maßvoll und
3568 unter strikter Beachtung der Grundrechte anzuwenden. Wir wollen gemeinsam mit
3569 den Ländern überprüfen, ob – auch im Lichte der Vorgaben der EU-
3570 Rückführungsrichtlinie – Anpassungen im praktischen Vollzug von Abschiebung
3571 und Abschiebungshaft sinnvoll sind.

3572

3573 **Asylbewerberleistungsgesetz**

3574

3575 Das Asylbewerberleistungsgesetz werden wir im Hinblick auf das Sachleistungs-
3576 prinzip evaluieren.

3577